

GRAUZONE INFO

nr. 47 winter 2010



termine

mi. 24. märz bierstindl IVA NOVA [ru] + THE SBOOONS [tirol]



**Zu viel Geld? Schlechtes
Gewissen? Hier könnt Ihr
euer Geld gewinnbringend
anlegen:**

**Verein zur Förderung sozialer
Zentren und Freiräume**
Spardabank Innsbruck BLZ 46660
Kontonummer: 72024

Rechtshilfe Innsbruck
P.S.K. – Sparbuch: Nr. 214.027.745
Bezeichnung: IBK_PRADL

§278a Tierrechtssoli
Kontonummer: 019108158:
Bankleitzahl: 14 000
Kontoinhaberin: GAJ Wien
Zweck: Antirep 2008



**DU WILLST DAS GRAUZONE.INFO ALLE 3-4 MONATE
GRATIS IM POSTKASTL HABEN: DANN SCHICK UNS
DEINE ADRESSE!!!**

GRAUZONE
Postfach 311 | 6010 Innsbruck
grauzone@catbull.com
www.catbull.com/grauzone

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt

gute zeiten schlechte zeiten

Hallo liebe Leute!

Endlich wieder ein neues *grauzone info*. Eigentlich hätte diese Ausgabe schon vor Monaten fertig sein sollen, aber irgendwie kam immer was dazwischen und die Texte wurden länger, ausgebessert, umgeschrieben und schließlich kamen noch ein paar dazu, sodass das *info* diesmal ganze 16 Seiten umfasst. Eingeleitet wird der Reigen hier in Innsbruck: Wir haben einige Kritikpunkte zur Student_Innenbesetzung diskutiert und wollen sie euch nicht vorenthalten. Weiter geht es mit unserer beliebten Krisenreihe. Diesmal - in Nummer IV - geben wir Einblick warum wir das kapitalistische System als unreformierbar halten und dass auch die x-ten Beschwörungen, dass die Krise nun endlich vorbei sein soll mehr guter Glaube als Realität sind. Wie die Schlangen am Haupt der Medusa lodern weltweit die Kämpfe und Aufstände: Wir haben von einer Freundin einen Bericht über die aktuelle Situation im Iran erhalten, schreiben ein Update zu Italien und runden den internationalen Teil mit ein paar Zeilen über Griechenland ab. In unserer Rubrik *Rechtshilfe Tipps* geben wir euch ein paar Ratschläge wie ihr bei Verwaltungsstrafen billiger davon kommen könnt. Die Terminseite ist auch diesmal ziemlich leer, als Mahnmal und Sinnbild, dass es ziemlich langweilig in IBK-City geworden ist, und dass endlich wieder was passieren muss. Löblicherweise hat sich seit geraumer Zeit eine Initiative gegründet, die sich der Raumnot annehmen will und hoffentlich erfolgreich Abhilfe schaffen wird. Eine kurze Vorstellung und Selbstdarstellung dieser Gruppe könnt ihr gleich unten lesen... Ein Konzert steht aber fix: IVA NOVA aus Russland kommen uns nochmal besuchen, diesmal ins Bierstindl (*sollte es noch offen sein, ähem*). Sonst haben wir zwar einige Bands geplant, aber fix ist leider nix....

Viel Spaß beim lesen, Eure Grauzone



In Innsbruck gibt es keinen Raum mehr, in dem wir uns als antiautoritäre Linke treffen und Veranstaltungen organisieren können. Deshalb versammelten sich im Juli 2009 einige Menschen um zu diskutieren, ob und wie das geändert werden könnte. Herausgekommen ist der *Verein zur Förderung sozialer Zentren und Freiräume*. Ein kurzes Selbstverständnis soll euch und uns weiterhelfen, die Dinge besser zu verstehen und umzusetzen.

Die Suche nach einem sozialen und kulturellen Zentrum, das selbstverwaltet, unkommerziell und aus einem politischen, gegenkulturellen Selbstverständnis heraus betrieben wird, begleitet uns schon länger: Als es den Anschein hatte, dass ein erster Schritt mit der Beziehung der p.m.k.-Räumlichkeiten in der Bogenmeile getan war, hatte die damals noch aufmüpfige Innsbrucker »freie Kulturszene« ein neues Zuhause gefunden. Räume wurden zur Verfügung gestellt, Subventionen garantiert, Konzerte und andere Veranstaltungen fröhlich drauflos organisiert. Einige wussten es aber schon damals: Die »Szene« wurde integriert und befriedet. Das ging fünf Jahre halbwegs gut – halbwegs, denn

die Naziattacken und die Repression gegenüber linken Veranstalter_innen waren alles andere als angenehm. Trotzdem: Das Programm war umfangreich, unterhaltsam, informativ und sorgte für ein bisschen Diskussion. Vor allem aber: Es wurde kontinuierlich durchgezogen! Im Mai fand dies mit dem Rauswurf eines bekanntlich linken Kulturvereins ein Ende.

Der Rauswurf passt zur Politik der Stadt Innsbruck. Alles, was die Unternehmer_innen und Politiker_innen ihre Gewinnsucht in Gefahr sehen, soll bekämpft werden. Kameras (Bogenmeile) und Platzverbote (Innenstadt; Hofgarten) sind da »nur« gefährliche Oberflächenerscheinungen. Drohende Subventionskürzungen (Autonomes FrauenLesben Zentrum, Caritas Flüchtlingsberatung) angesichts der Summen, die in das kaputte Bankensystem gepumpt werden, eine Frechheit. Und die übliche Tatsache, wie staatliche Subventionen die einstmals kritischen »Kulturschaffenden« korrumpieren und unterwürfig machen, ist beschissene Realität. Deshalb wollen wir als neuer Verein, bestehend aus (kultur-)politischen Aktivist_innen, es gar nicht erst

soweit kommen lassen und sagen von vornherein: Keine Subventionen und keine Abhängigkeiten so weit es nur geht!

Wir suchen einen Raum, in dem (wieder) einiges möglich sein soll. Ohne Konsumzwang mit Freund_innen quatschen, für Interessierte die Möglichkeit bereitstellen, kleine Konzerte, Diskussionsrunden oder Filme zu organisieren, Vereine dazu einladen, sich dort zu treffen oder ihre Veranstaltungen durchzuführen – all das hatten wir schon und wollen wir wieder! Darüber hinaus wollen wir selbstbewusst und offen sagen: Dieses Lokal und die Menschen, die es betreiben, setzen sich aktiv für eine emanzipatorische und herrschaftsfreie

Gesellschaft ein! Das ist eine antifaschistische, linke, antiautoritäre wie-auch-immer-Bude – nennt es, wie ihr es wollt, aber wir haben klar auf dem Schirm, dass wir irgendetwas gegen dieses miese Gesellschaftssystem tun wollen! Es gibt verschiedene Ideen und die müssen öffentlich (und nicht privat!) diskutiert werden. Dazu braucht es Raum, den wir schaffen und bereitstellen wollen!

Finanziert werden soll das Projekt vorerst durch freiwillige Mitgliedsbeiträge und dem Erlös aus dem Barbetrieb sowie gemeinsamen Veranstaltungen. Wir sind immer offen für Helfer_innen und Interessierte: ga_rage@catbull.com
www.catbull.com/lga_rage



studiproteste in innsbruck ein nachruf

»Unterfinanzierung«, »Platznot«, »Abbau des Mitspracherechts« der StudentInnen, »Verschulung« und »Ökonomisierung« an den Universitäten waren einige der Schlagwörter, die als Begründung für die Universitätsbesetzungen dienten. Am 20. Oktober besetzten AktivistInnen die Akademie der bildenden Künste in Wien und zwei Tage später, nach spontanen Protestaktionen, das Audimax auf der Hauptuni (= Auditorium Maximum, der »größte Hörsaal«). Es war der Auftakt einer Welle von Hörsaalbesetzungen auf der ganzen Welt.

Innsbruck beteiligte sich an den Protesten. Am 29. Oktober rief die *Plattform Unbeschränkt Studieren* zu einer Demonstration auf. Rund 800 StudentInnen, SchülerInnen und andere interessierte Menschen beteiligten sich an dem Demonstrationszug. Nach Auflösung der Demo spazierten alle zielorientiert in die Aula der sozialwissenschaftlichen Fakultät (Sowi), in der die dort stattfindende Vorlesung durch jubelnde BesetzerInnen unterbrochen wurde.

Am selben Abend bildeten sich Arbeitsgruppen und die Leute teilten sich in ihnen auf. Dabei verzichteten fast alle auf eine inhaltliche Auseinandersetzung: die Arbeitsgruppen waren *technischer* Natur. Jemand musste EDV-Aufgaben, jemand anderer »Aktionen« übernehmen. Auch für »Thesen« und

»Presse« fanden sich Leute. Als »Organisationsform« stimmte der Großteil für »Basisdemokratie«. An Begriffen und Schlagwörtern fehlte es nicht! An Kommunikation – vor allem nach »außen« – dafür umso mehr. Für Fragen wie »warum Hörsaal besetzen?«, »was ist Bildung?«, »welche Rolle spielt die Universität in unserer Gesellschaft?«, »was ist Öffentlichkeit?«, »was ist Gewalt?« oder »was ist Kapitalismus?« war unter den Studierenden (bei Arbeitsgruppen/Plenen/Diskussionen) kein Platz. Dafür lud man »SpezialistInnen« ein: Die ProfessorInnen sollten den inhaltlichen Part übernehmen. Und auch da erzählten die »Lehrenden« den selben Brei wie auf ihren Lehrveranstaltungen – mal mehr, mal weniger lahm.

form und inhalt

Aus der Verdrehung von Form und Inhalt am ersten Tag erklären sich die restlichen sieben Wochen Unibesetzung. Ein großer Teil der AktivistInnen legte großen Wert auf »friedliche, pressewirksame« Aktionen. Das deshalb, weil man »keinerlei Angriffsfläche« für bürgerliche Medien oder Rektorat bieten wollte. Der dumpfe Vandalismus-Vorwurf, der in Wien von GegnerInnen der Besetzung die Tage zuvor benutzt wurde, um die AktivistInnen zu diffamieren, zeigte sich in Innsbruck schon am ersten Tag sehr wirksam. Danach war sich zu richten. Die

Politik der BesetzerInnen sollte nicht von eigenen Erfahrungen ausgehen, sondern von einer Perspektive, deren Aktionen und Inhalte sich an dem messen, was bürgerliche Medien und GegnerInnen der Besetzung davon halten. Kein Wort davon, dass die Zeitungen und das Fernsehen immer schon gelogen haben oder zB. den BesetzungsgegnerInnen viel mehr Zeit und Platz widmeten (siehe Lukas Leys Interview auf *TT online* vom 4.11.09)! Statt daraus eine Kritik am bürgerlichen Journalismus zu diskutieren, versuchten die Studis, ihn für sich zu nutzen – das führte zu Frust! Zu allem Überfluss verkehrte sich der Slogan »Alle sind willkommen!« in sein Gegenteil: Genau die Leute, die die universitäre Exklusionspolitik durchsetzen – das Rektorat, Fakultätsleiter, Uni-KarrieristInnen, der ehemalige Tiroler Landeshauptmann Van Staa – durften ans Mikro und ihre Heuchelei und ihr gespieltes Verständnis unter die Leute bringen. Überraschend war, dass dies auch viele annahmen und »Verständnis« für die Interessen der Machteliten übrig hatten. »Kompromisse finden« war die neue Lösung, »gemeinsam mit der Unileitung« die neue Strategie.

»gewaltfreiheit«

Großen Widerstand hatte man mit den »eigenen Leuten« – mit Studierenden, die sich gegen die Besetzung aussprachen. Probierten sie anfangs noch, die Besetzung durch eine basisdemokratische Abstimmung zu beenden, musste man sich in vielen Nächten mit Störenfrieden herumschlagen. Dies ging sogar soweit, dass Fahrräder, die vor der Sowi standen, zerstört wurden. Durch den bloßen Grundsatz der »Gewaltfreiheit« waren einem/r in solchen Fällen oft die Hände gebunden.

Mehr noch, auch dieser Grundsatz verkehrte sich in sein Gegenteil. Ein Beziehungsstreit zwischen zwei AktivistInnen (einem Mann und einer Frau) endete damit, dass der Mann nach zahlreichen sexistischen Attacken nicht rausgeworfen wurde. Die Frau traute sich am Ende nicht mehr ins Sowimax, weil das Plenum den Sexismus und die sexualisierte Gewalt nicht erkennen und sanktionieren wollte, teilweise sogar belächelte! »Öffentliche Gewalttätigkeiten als persönliche Differenzen zu deklarieren zeugt von einem Mangel von Politikverständnis [...]«, schreibt die betroffene Frau in einem Text. Das lässt sich

auch zuspitzen: Wer von »Gewaltfreiheit« schwafelt und das als den bestimmenden Moment jeder politischen Entscheidung und Handlung erklärt, hat keine Ahnung von »Gesellschaft« und ist in solchen wichtigen Situationen völlig handlungsunfähig!

führerfiguren und basisdemokratie

Am Beginn der Bewegung, als sich noch »genügend« Leute aktiv beteiligten, erwies sich »Basisdemokratie« als sinnvolles Instrument. Mit der Zeit jedoch

Wie ein stoischer Sklave glaubt der Student sich umso freier, je mehr alle Ketten der Autorität ihn fesseln. Genau wie seine neue Familie, die Universität, hält er sich für das gesellschaftliche Wesen mit der größten »Autonomie«, während er doch gleichzeitig und unmittelbar von den zwei mächtigsten Systemen der sozialen Autorität abhängt: der Familie und dem Staat. Er ist ihr ordentliches und dankbares Kind. Nach derselben Logik eines untergeordneten Kindes hat er an allen Werten und Mystifikationen des Systems teil und konzentriert sie in sich.

Situationistische Internationale. Das Elend im Studentenumfeld, 1966

geschah es, dass bei vielen Leuten die Motivation und das Interesse stark nachließen und sich zu den Plenen kaum mehr als 50 Leute einfanden. Durch diesen Schwund bildeten sich – durch die Situation gezwungen, von manchen sicher auch beabsichtigt – »Gesichter der Bewegung«. Kam es zu gewissen Abstimmungen (Verlassen des Hörsaals, Angebot des Rektors, Fortsetzung der Besetzung) war das Sowimax wieder gut gefüllt. Leider verließen die Leute den Hörsaal, als die Abstimmung fertig war. Die AktivistInnen waren wieder in ihrem gewohnten »kleinen Kreis«. Somit blieb die Verantwortung wieder beim »harten Kern«. Es kam zu einer unglaublich paradoxen Situation: Als die organisatorischen TrägerInnen des Protests am 1. Dezember zu einer Abstimmung über die Besetzung aufriefen, kamen viele Leute. Diejenigen, die das ganze Ding trugen, waren gegen eine weitere Besetzung; diejenigen, die nur zur Abstimmung kamen, waren dafür – um dann wieder abziehen. Hier stieß »Basisdemokratie« an seine Grenzen. Am 1.12.09 hatten wir auf unserer Homepage noch geschrieben: »Wenn sich a) keine neuen Leute finden, die die Besetzung weiter tragen und b) die Besetzung im »Uni-Milieu« isoliert bleibt, dann ist es verständlich, dass den Studi-AktivistInnen, die bisher sauviel gemacht haben, die Puste ausgeht.« (www.catbull.com/grauzone: Blogbeitrag »Raus aus der Uni?«)

Basisdemokratie lässt zudem nur wenig Spielraum für selbstständiges Handeln der AGRUs. Hat sich zB. die Aktionismusgruppe etwas ausgedacht, musste das erst im Plenum abgestimmt werden. So fällt zB. der »Überraschungseffekt« weg, wenn schon im Vorfeld eine Aktion tot diskutiert wird. Stellt sich die Frage, wie sinnvoll Basisdemokratie ist, wenn zwar – an sich – eine Masse an Menschen vorhanden ist, sich aber nur ein kleiner Teil davon aktiv einbringt, eben aber dieser größere andere Teil die Macht hat, die Bewegung in eine andere Richtung zu lenken, ohne dafür dann auch Verantwortung übernehmen zu müssen. Man mag meinen, dass eine seltsame Konsummentalität in den Reihen der Studierenden Einzug gehalten hat. Hand heben ja, dafür auch was machen: nein.

neuer raum?

Drei Wochen lang wurde das Angebot des Rektorats (neuer Raum, regelmäßige Treffen mit Rektorat) diskutiert. Das verstellte den Blick fürs »Wesentliche«. Wollte man am Anfang noch freien Zugang, »Bildung statt Ausbildung«, keine Studiengebühren, usw. konzentrierte sich seit dem Angebot alles nur noch auf diesen Raum! In dem Fall bildeten sich auch zwei Fronten: Jene, die das Angebot annehmen wollten und jene, die »bis zum bitteren Ende« (?) durchzuhalten gewillt waren. Im Endeffekt ließ man sich mit dem Angebot abspesen

ohne jemals einen Kampf außerhalb der Diskussionen stattfinden lassen zu haben. Ein neuer Raum kommt, in dem die Diskussion zwischen StudentInnen und Rektorat weiter gehen werden. Und auch nur dann, wenn die Obrigkeiten das erlauben: von 22 – 6 Uhr »darf« der Raum nämlich nicht benutzt werden – aus »Sicherheitsgründen«! Und die Studis beugen sich dem per »Beschluss«. Was bleibt? Man wird gemeinsam über das aktuelle Bildungssystem schimpfen. Ändern, so wie sich das »die Bewegung« vorgestellt hat, wird sich wohl nichts. Manche StudentInnen werden ins Spiel der Machteliten eingebunden (das heißt dann »Mitbestimmung«) und die Unis werden modernisiert – nach Kapitalbedürfnissen.

Ein Kommentar auf der sowimax.at Homepage bringt es auf den Punkt:

»Leider ist es schwierig, eine tatkräftige und kämpferische Besetzung aufrecht zu erhalten, während man selbst in diesen ökonomischen Strukturen eingebunden ist. Mit dem Widerspruch, ein System verändern zu wollen, aber selbst nach den Regeln dieses Systems spielen zu müssen, um nicht jede Handlungsfähigkeit zu verlieren (Studieren in der vorgeschriebenen Zeit, um nicht irgendwann ganz ohne Geld dazustehen), ist es schwer umzugehen.«



krise: was uns bevorsteht

Zeltstadt unter einer Autobahn in Fresno, USA

In drei Texten hatten wir uns bisher mit der Krise beschäftigt (alle auf unserer Homepage): Der erste war ein einführender Abriss (auch für uns selber!), der zweite eine über die Methode, mit der man sich an das Thema theoretisch annähern und der dritte einer, wie man sich dieser Methode praktisch bedienen kann. Nun ein kleiner Versuch, das wiederzugeben, das uns den Horizont öffnet, diese Krise als unreformierbare kapitalistische Strukturkrise zu verstehen.

überakkumulation – unterkonsumtion – schuldenfinanzierter konsum

Es gibt einen enormen Widerspruch zwischen Krisennachrichten und Krisenrealität. Bürgerliche Medien zitieren die immer gleichen PolitikerInnen und WirtschaftlerInnen, die sich auf immer gleiche Studien über die Weltwirtschaft beziehen. Wir erinnern uns: Das wichtigste »Gut« des Kapitalismus ist Vertrauen. Deshalb ist es politisch so essenziell, dass zB. der IWF oder die OECD Prognosen

abliefern, die mit irgendwelchen Prozentzahlen das Bild einer Erholung und eines wieder aufgenommenen Wachstumskurses malen. Das soll zu Investitionen und Aktienkäufen führen, das dann die Kreditwirtschaft und die Profitmacherei ankurbelt. Das jedoch passiert alles am »Finanzmarkt«. Investiert wird nicht in Warenproduktion (d. h. in Anlagen, Maschinen und vor allem Menschen, die diese herstellen), sondern in Wertpapiere, die größere und schnellere Profite versprechen. Aber die Investition in Wertpapiere und die Spekulation am »Finanzmarkt« ist schon die Krise. Wie das? Weil am Weltmarkt mit realen Waren wie Autos, Elektrogeräten oder Lebensmitteln kein Profit mehr zu erwirtschaften ist; weil das Betreiben von riesigen Fabrikanlagen nur rentabel ist, wenn auch massig produziert *und* abgesetzt wird. Der Industriesektor ist durchschnittlich zu 25 Prozent, die globale Transportkette ist zu 30 bis 35 Prozent und der Banken- und Finanzsektor zu mindestens 50 Prozent überakkumuliert. Damit einher geht die globale Unterkonsumtion: Diejenigen, die sich die produzierten Waren leisten können, haben bereits alle(s) und diejenigen, die's gern hätten, können es nicht kaufen, weil das Kapital ihnen zu wenig Einkommen abgibt (zB. durch Löhne) oder sie zu wenig davon erkämpfen. Das unlösbare, nicht reformierbare Missverhältnis zwischen den global angehäuften Anlagen- und Maschinenparks, den ArbeiterInnen, den von ihnen produzierten Waren und den global ausbezahlten Löhnen führt zur - Überakkumulationskrise, deren Ausdruck die Quacksalberei über den »Finanzmarkt« und der »Finanzkrise« ist. Real ist die Krise nicht vorbei, der **Absturz verlangsamt sich** nur.

Der Punkt ist: Es gibt zu wenig Lohn um die produzierten Waren zu kaufen. Seit den 70ern wurde das durch eine Praxis gelöst, die man als »schuldenfinanzierten Konsum« begreifen kann, die die Wirtschaftsachse China-USA und damit die gesamte Weltwirtschaft bis jetzt vorm Zusammenbruch bewahrte. Die in China billig produzierten Waren wurden exportiert und auf Schulden von den »KonsumentInnen«, der globalen ArbeiterInnenklasse, konsumiert. Wenn der Lohn nicht mehr reichte, dann musste ein Privatkredit her, d. h.: Konsum auf Pump, und wenn die Dinge, die die Kredite besichern sollen, auch noch an Wert verlieren (zB. Häuser; die US-Immobilienblase platzte 2007), dann ist das der Auslöser (nicht die Ursache!) einer Krise nach der anderen, die in



Abriß von Neubauten in Kalifornien

einer globalen münden und die ganze Gesellschaft, in der wir leben, in Frage stellen. Soweit das Allgemeinwissen seriöser Recherchen.

schulden mit noch mehr schulden bekämpfen

Jetzt passiert gerade folgendes: Die Abwrackprämien für Autos sind verbraucht – der Absatz an langlebigen Konsumgütern ist wieder rückläufig. Die Polit-KapitalistInnen schnüren also ein neues »Konjunkturpaket«, das die staatlichen Steuereinnahmen in die Taschen der privaten KapitalistInnen umleitet – in den USA heißt das zB. »cash for caulkers« (Geld zum Abdichten). Viele Häuser in den USA sind so schlecht gebaut, dass sie eine Menge an unnötiger Energie verbrauchen. Sie sollen nun »abgedichtet« werden. Auf zwei Jahre will die US-Regierung dafür 23 Mrd. US-Dollar springen lassen. JedeR HausbesitzerIn soll um die 2.000 bis 4.000 USD bekommen und dann nochmal was drauflegen. Ankurbeln soll das nicht nur die Bauwirtschaft, sondern auch den Privatkonsum, weil man energiesparender lebt, weniger für Energie zahlt und deshalb das Geld zB. in eine neue Waschmaschine stecken kann. Es gesellen sich ein paar Dollar mehr zur US-Neuverschuldung 2009, die laut *Financial Times Deutschland* vom Oktober umgerechnet 1,4 Billionen USD ausmacht (zehn Prozent vom US-BIP). Insgesamt (bisherige + neue Schulden) steht allein der Staat USA mit 13 Billionen USD in der Kreide, das sind 90 Prozent seines BIPs. *Real* wirkt sich das unter anderem so aus, dass jedeR siebte US-StaatsbürgerIn zeitweise hungert und bei 19 Millionen leer stehenden Häusern 3,5 Millionen Menschen obdachlos sind. Die Arbeitslosigkeit kletterte im September auf knapp 17 Prozent – doppelt so hoch wie 2007! In Detroit,

der (ehemaligen) (Auto-)Industriestadt schlechthin (der Sitz der »Big Three«: General Motors, Ford, Chrysler), ist mittlerweile jedeR Zweite ohne Job – ist das die Zukunft des Autos, der Industrie, des Stadtlebens (die Diskussion um den Al-Qaida Terroristen soll wohl davon *ablenken*)?

Die zweitgrößte Volkswirtschaft nach den USA, Japan, befindet sich mit Haushaltsschulden in der Höhe von 227 Prozent des BIP knapp vorm Staatsbankrott. Der drittgrößten Volkswirtschaft China droht eine massive Immobilienkrise, was zu einer Bankenkrise führt, die wiederum Chinas Wirtschaft den Bach runter gehen lässt. Das heißt: Die drei größten Volkswirtschaften der Welt, die knapp die Hälfte des globalen BIP erwirtschaften, gehen derzeit vor die Hunde. Auch die Summe ihrer für Konjunkturpakete aufgewandten Beträge, drei Billionen USD weltweit, davon 55 Prozent (!) von China und USA, stehen in einem lächerlichen Verhältnis zum Wirkungsgrad für »Erholung« oder »Wachstum«;

wobei letztere Begriffe als Indikatoren für soziale Verhältnisse nichts aussagen: »Erholung« oder »Wachstum« der Weltwirtschaft führen nicht zu besseren Lebensbedingungen der Menschen, es geht dabei nur um Erholung und Wachstum der Profite, des Kapitalismus.

Die Verschuldungskrise betrifft aber nicht nur Staaten (siehe zB. letztes *Info Nr. 46*), sondern auch Privathaushalte, vor allem in den USA (nimmt man dort alle Schulden zusammen, dann sind das unglaubliche 350 Prozent des BIP!), Großbritannien, Spanien, Deutschland, Osteuropa, ... alle haben Schulden! Und überall werden die Leute entlassen.

die letzte ihrer art?

Die Welt scheint völlig verrückt zu spielen. Nouriel Roubini warnte im November in einem Kommentar in der *FTD* vor einer »Monsterblase«, die die Federal Reserve (US-Notenbank) mit ihrer Geldpolitik erschaffe und einer »Massenpanik«, weil es »zum größten koordinierten Vermögenskollaps der Geschichte« kommen wird. Immanuel Wallerstein spricht von einer »Superdepression«, die auf uns

zukommt. Der Dollar werde krachen und eine »enorme Zunahme der Arbeitslosigkeit« die Welt erschüttern. Das tut sie doch jetzt schon!

Tomasz Konicz weist in einem interessanten Text vom 30. November in der *Jungen Welt* auf die Krisenursachen hin und spricht von einer »letzten Spekulationsblase«, die aufgrund der astronomischen Staatsverschuldung platzen wird. Dabei ist diese letzte Blase viel größer als jene beim Dot.com Crash 2001 und die beim Immobiliencrash 2007. Es ist laut Gerald Celente, Direktor des US-amerikanischen *Trends Research Institute*, eine

Ein Geheimpapier des Innenministeriums zeigt, dass durch die Krise Sabotage und Mobbing zunehmen. [...] Laut Geheimpapier gibt es Bedenken von Inhabern und Managern größerer Unternehmen, dass durch die Krise die Wirtschaftsspionage zunehmen werde. »Bei einem in Tirol ansässigen Konzern für Schmuckkristalle wurden in jüngster Zeit mehrfach offenkundig absichtlich verursachte Schäden an Arbeitsgeräten registriert. Weiters wurden in den letzten Wochen auf dem Post- bzw. Speditionsweg zu ausländischen Händlern wiederholt hochpreisige Produkte gestohlen« heißt es. Es sei davon auszugehen, dass die Lieferungen noch in Österreich verschwunden wären. Zudem sei bekannt geworden, dass »in der Firma, speziell in jenen Abteilungen, in denen Personal abgebaut wurde bzw. in Zukunft möglicherweise abgebaut wird, vermehrt Mobbing-Fälle registriert werden.

Salzburger Nachrichten vom 8.10.09

Bail-Out-Blase. Bail-Out bezeichnet die Schuldenübernahme maroder (Banken-, Versicherungs-, Automobil-, ...)Konzerne und Firmen durch den Staat. Sollte diese (Staatsschulden-)Blase platzen, »wird man sie nicht erneut inflationieren können, weil die Regierungsintervention so tief reicht«.

Um das ganze Dilemma auch historisch zu verstehen und einzuordnen, bedient sich Konicz des Kondratjewschen Theoriegebäudes der langen Wellen. Das Kapital hat sich demnach in fünf Wellen bzw. Industrie- und Wachstumszyklen bis heute entwickelt: Dampfmaschine/Textil von 1780 bis 1849, Eisenbahn/Schwerindustrie 1840 bis 1890, Elektrotechnik und Chemie 1890 bis 1940, Einzweck-Automatisierung/Massenmotorisierung (zB. Auto) 1940 bis 1990. Von 1990 bis heute war die kapitalistische Basisinnovation und damit »Wachstum« bedingt durch die Informations- und Kommunikationstechnik (»IT-Branche«) – wobei wir uns nach Immanuel Wallerstein noch immer in der »viel länger« dauernden Abschwungphase des vierten Zyklus befinden (Strukturkrise durch Überakkumulation der Automobilindustrie!).

Zusätzlich bringt der Anfang des fünften Zyklus keine neuen ausbeutbaren ArbeiterInnenheere hervor. Konicz: »Dem Massenheer der Industriearbeiterschaft folgt keines aus Programmierern, Informatikern oder Webdesignern.«

Deswegen stehen wir vor bzw. mitten in einer neuen Krise, die anders als ihre Vorläufer alles umwälzen wird. Er zitiert Karl Marx mit seinem Satz aus einer Vorarbeit zum *Kapital*, dass die Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen in Widerspruch geraten und dann eine Epoche sozialer Revolution eintritt. Er vergisst dabei eines: Bis jetzt haben viele KämpferInnen, auch der beste unter ihnen, geglaubt, dass das Elend einer globalen Krise die Erdbevölkerung von der Revolte zur bewussten Revolutionierung der Gesellschaft kommen lässt. Das kann man jetzt auch glauben und das ist auch gut so: alle Leute, mit denen man ins Gespräch

kommt, reden von einer »Zwischenzeit« oder von »Umbruchszeiten«, in denen wir uns befinden. Die Idee ist vorhanden, dass etwas Neues her muss! Die vielen sich ausbreitenden sozialen Kämpfe auf der Welt lassen alle Regierungen zittern und machen Lust auf Aktionen. Ein nicht weiter ausgeführter Geheimbericht des Innenministeriums in den *Salzburger Nachrichten* vom 8. Oktober über »Sabotageakte in einem Tiroler Kristallkonzern« liefert jedenfalls einen *konkreten* Anhaltspunkt, in welche Richtung die Lust gehen könnte – der Zeitpunkt ist günstig!

Auf unserer Homepage haben wir eine Linkssammlung mit Quellen und weiteren Texten zu diesem Artikel angelegt...

iran: repression, „freiheiten“ und zusammensetzung des widerstands



Die meisten offiziellen Berichte über die derzeitige politische Lage im Iran werden von den USA, Kanada oder Großbritannien aus weiter gegeben. Dort haben sich IranerInnen in den letzten Jahren eine mediale Infrastruktur aufgebaut, die es ihnen ermöglicht, auch politisch-kritisch Berichterstattung zu leisten ohne gleich schlimmste Repression zu fürchten. Die regionalen Medien (wie meist in solchen Regimes) sind fest in der Hand des Staates, der nach wie vor versucht, von allem, was geschieht, abzulenken.

repression

Anfangs hat man versucht, die Angehörigen der Opfer des Aufstands mit den schon sehr veralteten Methoden von vor fast 40 Jahren zu besänftigen. Man bot den Eltern der bei Demos getöteten Jugendlichen an, ihre verstorbenen Kinder zu Märtyrern zu ernennen und eine monatliche finanzielle Entschädigung zu zahlen. Natürlich haben das die Eltern der Verstorbenen nicht angenommen, da sie das als Verrat an ihren Kindern sehen. Die Regierung hat infolge angefangen, Schauprozesse durchzuführen, um die Leute davon abzuschrecken

auf die Straße zu gehen. Ende November wurde zB. ein junger Kurde (in einer Stadt im Nordwesten des Irans) auf öffentlicher Straße gehängt. Sicherlich nicht der erste und letzte. Außerdem wird so ziemlich jedeR, der/die an größeren Versammlungen teilnimmt, vor Ort und Stelle nieder geprügelt – egal ob Frau, Mann oder Kind.

Diese Repression (zu der im Falle einer Festnahme meist auch Folter gehört) werden im Großen und Ganzen von drei Organisationen ausgeführt. Zum einen ist da das Militär, welches im Grunde am »harmlosesten« ist. Es hat mehr die Aufgabe, einzuschüchtern als wirklich zu handeln. Man sollte es trotzdem nicht unterschätzen. Dann ist da die Polizei, die schon eher dazu neigt, Gewalt anzuwenden – meist jedoch nicht so offensichtlich, eher hinter verschlossener Tür oder verschlossenen Gittern. Eine der schlimmsten Organisationen ist die vom Staat eigens dafür ausgebildete Schlägertruppe – die zum Großteil aus Nicht-Iranern besteht. Das sind Typen, die um die zwei Meter hoch und fast genauso breit sind. Sie kommen aus sehr armen Gegenden und sind einen »brutaleren/härteren

Umgang« gewohnt. Sie knüppeln alles nieder, was ihnen in den Weg kommt – ohne wenn und aber. Am allerschlimmsten und unberechenbarsten sind jedoch die, die ihre Arbeit freiwillig tun. Ich weiß nicht, was in deren Köpfen vorgeht, doch es gibt solche Spinner, die sich eine Waffe und eine Uniform kaufen, sich damit auf die Straße stellen und Autos nach »verdächtigem Material« durchsuchen – Selbstjustiz! Bei den Protesten gehen sie auf die Dächer der Häuser und ballern auf die Leute runter!

Trotz der wirklich krassen Umstände lassen sich die meisten jedoch nicht davon abbringen, auf die Straße zu gehen. Der Großteil der Aktionen des »Green Movement« (So nennt sich die Bewegung, die im Sommer 2009 gegen den Wahlbetrug Ahmadinejads entstanden ist.) gehen von den StudentInnen aus. Das heißt aber nicht, dass nur junge Leute auf Demos gehen. Die meisten Eltern verbieten es ihren »Kindern« an Aktionen teilzunehmen, weil es zu gefährlich ist. Die Kinder gehen dann heimlich selber hin. Beim Abendessen gesteht man sich dann gegenseitig, dass man auf der Demo war – unter dem Vorwand, dass man auf dem Nachhauseweg von der Arbeit bzw. Uni einfach hinein geraten ist.

proteste

Die Proteste, Streiks und Auseinandersetzungen finden immer an »historischen« Tagen statt. Am 4. November gab es wieder Demonstrationen, bei denen acht Leute ums Leben kamen. Seitdem ist es etwas ruhiger. Dieser Protest war eine Gegenaktion zur Demo der RegimeanhängerInnen. An jenem Tag 1979 wurde die amerikanische Botschaft gestürmt – ein Tag des Erfolges des damaligen Aufstands und somit des heutigen Regimes.

Zusätzlich fand am Sonntag, dem 22.11.09 eine Protestaktion statt. Die Uni von Shiraz (Stadt im Süden des Irans) rief zu einer Gedenkdemo auf. An jenem Tag vor elf Jahren wurde ein in Teheran bekanntes ProfessorInnenpaar erstochen. Sie hatten die Trennung von Staat und Religion gefordert und einige kritische Bücher veröffentlicht. Ihre Kinder werden heute noch vom Staat überwacht.

Seit einigen Tagen wird auf der Universität in Teheran gestreikt. Am 7. Dezember wurde des Todes dreier Studenten gedacht, die während antiamerikanischer Proteste im Jahr 1953 ums Leben kamen. Traditionell finden an diesem Tag Kundgebungen statt. Dabei wurden StudentInnen festgenommen.

Einem von ihnen sollte seine »Männlichkeit« beraubt werden. Regierungsbeauftragte zogen ihm ein Kopftuch und einen Tschador über. Sie fotografierten ihn damit und veröffentlichten sein Bild. Die Message sollte lauten: »Schaut euch dieses Weichei an, der ist so schwach wie eine Frau!« Ich weiß nicht, was die damit erreichen wollten! Der Schuss ging erfreulicherweise nach hinten los: Diese Aktion gab der Frauenbewegung großen Antrieb. Im Internet gibt es inzwischen viele Fotos von Jungs mit Kopftuch, die sich solidarisierten – echt sexy! ;-) Unter ihnen sind auch viele, die eigentlich bis vor kurzem für das Regime arbeiteten und Leute, die den Iran auf nationaler Ebene eigentlich repräsentieren.



»freiheiten«

Die Bevölkerung, die anfangs nur die manipulierte Wahl des Präsidenten reklamierte, fordert heute nicht nur eine Neuwahl und eine demokratische Regierung, sondern auch die Trennung von Kirche und Staat. Manche (vor allem die Frauen) gehen noch weiter und fordern gleiche Rechte für alle. Nach den Unruhen im Sommer 2009 wurden der Bevölkerung gewisse »Freiheiten« zugestanden, die vielleicht in Europa nicht von Relevanz sind, hier aber eine Menge ausmachen: Vor ein bis zwei Jahren hatte im Iran fast niemand einen Satellitenfernseher, da dies zu Hausdurchsuchungen und vielen Problemen führte – heute hat dies fast jeder Haushalt. Die Mädchen tragen auf der Straße nur noch Kleidung, die an Kopftuch und Mantel erinnern. Das ist zwar riskant und kann zu Problemen führen, aber vor gar nicht so langer Zeit wäre dies undenkbar gewesen.

Ich möchte diese »Freiheiten« nicht allzu hoch hal-

ten, denn sie könnten nur von kurzer Dauer sein. Außerdem will man damit nur das Volk ruhig stellen – bzw. hat der Staat im Moment größere Probleme, die *Unruhen* einzudämmen.

Nachts steht immer die Polizei und das Militär auf der Straße. Sie haben die Aufgabe darauf zu achten, dass sich keine größeren Menschengruppen bilden. Das neueste (ungeschriebene!) Gesetz erlaubt es der Polizei, jeden/r, der/die ein Symbol des »Green Movement« trägt, sofort zu verhaften (grüne Kleidung, Armbänder, usw.).

zusammensetzung des widerstands

Insgesamt ist diese Bewegung nicht ganz so radikal wie es viele gerne hätten. Es beteiligen sich nämlich nicht wirklich breite gesellschaftliche Schichten, noch die ArbeiterInnen im großen Stil. Im Gegenteil, die meisten Leute, die auf die Straße gehen, gehören der Oberschicht an, und die meisten Proteste, die stattfinden, werden von außerhalb geleitet und geschürt (Exil-IranerInnen!). Auf parteipolitischer Ebene wird die Revolte hauptsächlich von der Moussavi-Partei geführt. Die meisten anderen Oppositionellen sind im Knast. Andere MitstreiterInnen im Ausland, deren Ziele nicht ganz so klar sind, sind JournalistInnen, die im Iran hohes Ansehen genießen. Einer von ihnen



ist Ali-Reza Nourizadeh. Er hatte die Bevölkerung zum Wählen aufgerufen und somit der Opposition Rückenwind gegeben. Er hat die Glut der bevorstehenden Revolte öffentlich – im TV – geschürt. Eine weitere einflussreiche Gruppe sind StudentInnen, die sich im Ausland aufhalten und gerne in den Iran zurückkehren möchten, jedoch auf Grund ihrer Familiengeschichte nicht können. JedeR versucht den Schwung der Revolte für sich zu nutzen. Dabei sitzt die Oberschicht am längeren Ast. Sie besitzt die Macht, Dinge medial weiterzugeben; ihre Themen »in die Welt zu posaunen«. Die Unterschicht und die ArbeiterInnen geraten dabei nicht nur in den Hintergrund, sondern verschwinden fast ganz.



Von Nord- bis Süditalien verbreiten sich in den letzten Monaten große ArbeiterInnenkämpfe, die durch Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung geprägt sind. Manchmal haben diese Kämpfe »Erfolg« und »verbessern« die Arbeitslage in der Firma, manchmal verändern sie gar nichts. Mitschuld daran ist die Zensur der Medien. Vielleicht ist es jetzt endlich Zeit, von den Dächern runter zu kommen, die Arbeitsstelle zu besetzen und sich die Produktionsmittel anzueignen.

um einige beispiele zu nennen

In Mailand (Innse), Marcellina (bei Rom – CIM), San Nicola di Melfi (Fiat), Neapel (Elettra Energia), Mesero (bei Mailand – Esab Saldatura), Paderno

Dugnano (bei Mailand – Metalli Preziosi), Castellamare di Stabia (bei Neapel – Fincantieri), Aulla (bei Massa Carrara – Costa Mauro) stiegen mehrere ArbeiterInnen auf die Dächer der Fabriken und Verwaltungsbüros und besetzten sie, um gegen Massenentlassungen und unbezahlte Monatslöhne zu protestieren. In Sciacca (bei Agrigento) stiegen 29 Arbeitslose KrankenpflegerInnen auf das Dach des Krankenhauses und zwischen August und September besetzten Prekäre und ForscherInnen die Dächer der Schulen von vielen italienischen Städten. Sie ketteten sich an, um gegen die Kürzungen der Bildung von Ministerin Gelmini zu protestieren. In Ascoli (Nevico), Teverola (bei Caserta – Molino Chirico), Cosenza (Vallecrati), Battipaglia

(bei Salerno – Alcatel Lucent), Acerra (bei Neapel – Montefibre), Colleferato (Alstom) und Lodi (bei Mailand – Akzo Nobel) besetzten die ArbeiterInnen die Fabriken oder Arbeitsstellen, führen große Hungerstreiks und besetzen Rathäuser. In zwei Fälle sperrten sie sich mit den Managern ein.

Am 19. Oktober stiegen 30 ArbeiterInnen auf die Dächer von Videocon in Anagni, während ein anderer Teil die Fabrik besetzte. Am nächsten Tag demonstrierten und blockierten 400 Leute beide Richtungen der A1 Autobahn für zwei Stunden. Nach den Aktionen hofften die 1300 ArbeiterInnen auf Verhandlungen mit der Arbeitsstelle, um Massenentlassungen zu vermeiden. Nach erfolglosen Gesprächen besetzten sie am Abend die Autobahn erneut und drohten, viel mehr zu machen, wenn die Regierung sie weiterhin ignoriert.

In Rom demonstrierten und besetzten die ArbeiterInnen die Firma Eutelia. Einen Monat später brachen private Kräfte mit dem ehemaligen Chef in der Nacht in dem Gelände ein, drohten den BesetzerInnen mit einer illegalen Räumung durch »faschistische Methoden«. Am 18. November besetzten 300 Fiat ArbeiterInnen das Rathaus von Termini und übernahmen seine Funktionen für eine unbestimmte Zeit. Gleichzeitig demonstrierten die ArbeiterInnen der Alfa Romeo von Arese (Turin) gegen die Schließung der Fabrik. Das sind nur wenige Beispiele, die das Klima in Krisenzeiten spiegeln.

italien brennt?

Wir können uns diesmal die Auflistung der faschistischen Methoden der italienischen Regierung sparen. Genauso Worte zum Willen des »Imperators« Berlusconi, die Verfassung zu verändern, um seine Korruptions- und Mafiaprozesse zu blockieren. Darüber bekommen wir von den europäischen Medien genug »Blabla«. Lassen wir mal die in den Gefängnissen getöteten Menschen, wie Stefano Cucchi, der mit einer kleinen Menge Gras verhaftet wurde und fünf Tage später im Gefängnis von den Bullen totgeschlagen wurde (eigentlich ist er »von den Treppen runter gefallen« ...) und alle anderen Fälle wie Federico Aldrovandi usw. beiseite. Diese Methoden sind uns nicht neu und genau so wissen wir, dass das Gefängnis nicht funktioniert! Interessanter sind die Widerstandsbewegungen, die gerade entstehen oder immer noch weiter kämpfen. Wenn wir lesen, dass 30.000 Polizisten und Carabinieri (trotz Demonstrationsverbot fürs

Militär) in Rom gegen Bürgerwehr und Kürzungen demonstrieren, verstehen wir, dass in Italien die Lage brennt.

Eine lange Reihe an Initiativen und Aktionen entstehen gerade, um dem ausbeuterischen System entgegen zu treten.



In Pistoia fand vor kurzem die erste Demo statt. Die Menschen gingen für die Befreiung der politischen Gefangenen und allen anderen eingesperrten Leute auf die Straße. Sie kritisierten das Gefängnisystem, das eine Waffe der Macht gegen Arme, MigrantInnen und AktivistInnen ist. Die Proteste gegen die Knäste werden immer größer. Die Leute können diese Zustände nicht mehr tolerieren. 173 Tote in den Gefängnissen seit Anfang 2009! 71 Selbstmorde machen einen Jahresrekord! Die erste Jännerwoche 2010 begann mit vier Selbstmorden und einem versuchten. In den italienischen Knästen gibt es 66.000 Gefangene – jedoch »nur« 42.000 Plätze. Es gibt also 24.000 Gefangene »zu viel«, die hinter die Gitter gedrückt werden. Seit Jänner 09 gibt es 1000 Gefangene im Monat mehr! Ein Drittel der Gefangenen sind MigrantInnen, ein Drittel sind »Drogensüchtige« und ein Drittel sind wegen banaler Verbrechen eingesperrt. Was ist die Lösung der Regierung? Es müssen mehr Knäste gebaut werden!

Deswegen mobilisieren mehrere AktivistInnen in verschiedenen Städten (Torino, Bologna, Parma, Pordenone, Alba, Milano) zu den »days of action« der *Internationalen Anarchistischen Föderation*, um gegen MigrantInnenlager (CIE), Knäste, Bürgerwehr und Sicherheitspakete zu kämpfen.

repression - widerstand

In mehreren italienischen Städten werden immer mehr Aufenthaltsverbote verteilt, die in einem Ge-

setz von 1931 verankert sind. In Bologna darf ein Student der *Onda* (= Welle. Eine Hochschul- und Oberschulbewegung in Italien.) für drei Jahre nicht mehr in die Stadt einreisen (obwohl er dort studiert), da er auf eine Wand gesprüht hat. In Trento bekommen jetzt zwölf AnarchistInnen ein *foglio di via*, weil sie ein Haus besetzt haben. Unter ihnen auch ein Schüler, der dort eine Schule besucht. Theoretisch sollte vor dem Aufenthaltsverbot mindestens eine verbale Verwarnung ausgesprochen werden. Einige Leute riskieren sogar Haftstrafen, da sie schon ein Aufenthaltsverbot haben.

Diese faschistischen Repressionsmethoden lösen immer größeren Widerstand aus, der in radikalen Demos und Besetzungen endet, wie die letzten Aktionen in Trento und Bologna. Durch die vielen Räumungen von Centri Sociali und Case Occupate in Süd- und Norditalien und das Entstehen der zum Teil legalisierten faschistischen »Centri Sociali« (*Casa Pound* in Rom, Parma, Bologna, Neapel, Modena, Mailand usw.) entwickelt sich in vielen Städten immer mehr das Bedürfnis und somit auch die Kämpfe für »Freiräume«.



Die steigende Militarisierung der Gesellschaft mit einer Vielzahl an (Un-)Ordnungskräften, Militärs auf der Straße, legalisierter Bürgerwehr, »Sheriff-Bürgermeister«, bewaffnete und registrierte Kontrollen von Roma-Camps, einfache Verhaftungen und internationale Kriege provozieren eine starke Antimilitarisierungsbewegung. Die Notwendigkeit einer solchen Bewegung wurde von der FAI (*Federazione Anarchica Italiana*) initiiert und mit dem Slogan »Anarchistische Antimilitarisierung – Kein Friede für diejenigen, die Krieg führen!« untermauert. Es wird gegen amerikanische und NATO Militärbasen in Italien mobilisiert, gegen steigende Militärfinanzierungen, gegen die Bankinvestitionen

im Waffenhandel, gegen die italienische Armee auf den Straßen. Dieser Widerstand wird sich regional konzentrieren, durch lokale Aktionen und »nationale« Treffen.

Am 17. November warnte der italienische Innenminister Maroni auf mögliche Vernetzungen zwischen »linksextremen Terroristen« a la *Brigate Rosse* mit islamischen Fundamentalisten – ein Scherz? Oder doch traurig?

Am gleichen Tag wurde in mehr als 50 Städten im Rahmen des internationalen Bildungstags demonstriert. Die Aktionen wurden von StudentInnen mit SchülerInnen und zum Teil mit ArbeiterInnen und Prekären gegen die steigende Privatisierung und das neue Bildungs- und Sicherheitspaket durchgeführt. Die StudentInnen riefen auf, die StudentInnenbewegung wieder zu vereinigen und solidarisierten sich zum Teil mit den ArbeiterInnen, weil es jetzt reicht!

kurz vor dem druck des gz-info

Das neue Jahr beginnt ... mit Revolten von MigrantInnen. In Rosarno (Kalabrien) leben mehr als 5.000 MigrantInnen, davon arbeiten 2.000 in den Orangenfeldern der `Ndrangheta, der kalabrischen Mafia. Die meisten sind illegale NordafrikanerInnen, die in dreckigen Baracken oder alten Fabriken zwischen den Ratten leben. Sie arbeiten für 20 Euro 12-14 Stunden am Tag in den Feldern der Mafia-Bosse. Von ihrem unverschämten Lohn müssen sie täglich fünf Euro Mafiesteuer zahlen. Am 7. Jänner 2010 schossen zwei Männer von einem Auto auf einige MigrantInnen, weil sie anscheinend die Mafiesteuer nicht bezahlt hatten. Diese Aktion brach zu einer plötzlichen Revolte der »Sklaven« aus, die die Straßen von Rosarno plünderten und zerstörten. Der Hass richtet sich gegen das xenophobe und rassistische Klima in der italienischen Politik und gegen die Ausbeutung durch die Mafia.

griechenland: krise, kämpfe, schulden

Ein Jahr ist es her, als in Griechenland die tödlichen »Abschreckungsschüsse« auf einen erst 15 Jahre alten Jungen fielen. Aber jetzt ist ja sowieso alles vergeben und vergessen ... Nein! Zum ersten Jahrestag brannte es wieder lichterloh, als wieder tausende AktivistInnen, StudentInnen, SchülerInnen und ArbeiterInnen ihre Wut auf die Polizei und die politische Führung zum Ausdruck brachten. Diesmal solidarisierte sich auch die Gewerkschaft der BasketballspielerInnen mit der Revolte durch einen zweitägigen Streik für bessere Arbeitsbedingungen. Wir brauchen nicht zu erwähnen, dass der Klassenkampf in Griechenland mittlerweile sehr weit fortgeschritten ist! Es gibt Besetzungen von Unis, Radiostationen, Fernsehsendern ... Streiks im öffentlichen Dienst und Anschläge auf Polizeistationen kommen zusammen. Warum nicht nur die Kämpfe so zentral sind, sondern auch der Staat als ökonomische Einheit, sollen die folgenden Zeilen erhellen.

Griechenlands Neuverschuldung übersteigt mit 12,7% vom BIP die von der EU vorgegebene Obergrenze von drei Prozent. Die gesamte griechische Staatsverschuldung beläuft sich auf 113,4 Prozent. Mitte Dezember wertete *Fitch Ratings* die Kreditwürdigkeit auf BBB+ ab. Das heißt, dass Griechenland künftig schwerer Kredite bekommen wird und mehr Zinsen dafür aufwenden muss. Weil jedoch Griechenland zur Eurozone gehört und mitverantwortlich für die »Stabilität« des Euro ist, werden die EU-Eliten den Staat nicht kaputt gehen lassen – das käme einem zweiten »Lehman Brothers« gleich (die Pleite dieser Investmentbank vertiefte die globale Krise im Oktober 2008 noch einmal wesentlich!). Politisch viel wichtiger ist, dass man versteht, dass die EZB diese Situation nun zum Angriff auf die (ArbeiterInnen- und Unter-)Klasse nützt: Beim EU-Gipfeltreffen zur Griechenland-Krise sprach die griechische Regierung von einem Gehaltstopp für mindestens drei Jahre und die Abschaffung von Überstunden im öffentlichen Dienst. Für 50 BeamtInnen im Ruhestand sollen nur 15 nachkommen. Eine Sondersteuer soll künftig auf alle Immobilien erhoben werden, die mehr als 200 Quadratmeter groß sind. Die indirekten Steuern für Tabak, Spirituosen und Treibstoffe werden drastisch erhöht.



Von der Arbeitslosigkeit bedrohte Mitarbeiter eines Athener Theaters verbrennen vor dem Parlament Rechnungen

Das sind die gleichen Maßnahmen, die der IWF für »Entwicklungsländer« durchsetzt. Werden der griechische Finanzminister George Papaconstantinou und seine »sozialistische« Regierung dem folgen, dann droht Griechenland eine noch tiefere Rezession. Dadurch wird der Euro abgewertet, was die globalen Finanzmärkte noch mehr in den Abgrund stürzen und die ganzen momentanen Blasen an den Waren-, Aktien- und Immobilienbörsen platzen lässt. Das heißt, dass die griechische Regierung eigentlich alle Karten in der Hand hat: Wenn die Europäische Kommission kein »Rettungspaket« für Griechenland zur Verfügung stellt, dann geht nicht nur der griechische Staat zugrunde. Man kann's also drehen wie man will: Griechenland helfen oder nicht – die Perspektive und die Vorschläge der Herrschenden führen in jedem Fall zum Kollaps und die Verschuldung der Staaten steigt. Wir sind wieder bei der unreformierbaren Strukturkrise und der »letzten Spekulationsblase« angelangt (siehe Krisenartikel). **Das Ruder rumreißen können also nur die Menschen »von unten«!**



rechtshilfe tipps: einspruch!!! bei verwaltungsstrafen

Fast jedeR von uns kennt es: Der Abend war echt wunderbar – bis da dieser Bulle war. Nichts vermietet einem im Nachhinein so sehr die Party oder die Aktion, als wenn man sich danach Gedanken drüber machen muss, wie viel an Strafe wieder auf eineN zukommt.

Ein Beispiel: Du besuchst ein Konzert oder eine Veranstaltung und du wirst von den Bullen kontrolliert und sie verlangen deinen Ausweis. Oft geht's schnell und die Staatsmacht sieht ihre Autorität verletzt. Im Nachhinein hängen dir die Bullen oft was an. Du hättest dich den BeamtInnen gegenüber aggressiv verhalten oder sie beschimpft, PassantInnen behindert, die öffentliche Ordnung verletzt oder die Ruhe gestört. Das kann dich schon mal einige hundert Euros an Verwaltungsstrafen kosten!

Natürlich kann's auch vorkommen, dass du wirklich übertrieben hast; zB. bei Sachen, bei denen man sich besser nicht erwischen lässt. Aber auch da kann die Strafe übertrieben sein und ein Einspruch lohnt sich allemal. Oft hast du die Kohle auch nicht parat. Dann ist es ganz praktisch, das Ganze ein paar Monate in die Länge zu ziehen.

Eine kleine Anleitung soll helfen, wie du in sieben Schritten Einspruch gegen so eine Geldstrafe einlegen kannst:

1. scheiße bauen

2. strafverfügung

Nach einigen Wochen bekommst du einen RSb-Brief von der Polizei. Da steht drin, welche Verwaltungsübertretungen dir vorgeworfen werden und wie viel Strafe du zu zahlen hast. Du hast eine Frist von 14 Tagen (Ab dem Zustelldatum am Kuvert!) um ...

3. einspruch

... gegen die Vorwürfe zu erheben. Das machst du mit einem eingeschriebenen Brief an die Adresse, die in der Strafverfügung steht. (Über E-Mail geht

nix!) Gib als Betreff die Geschäftszahl an, die in der Strafverfügung steht. Der Einspruch kann ohne Begründung eingelegt werden. Danach hast du Zeit zu überlegen, dich zu beraten (zB. bei der Rechts-hilfe!), Zeugen zu suchen, etc. Du kannst aber auch deinen Einspruch begründen, »vollinhaltlich« Einspruch einlegen oder nur die Höhe der Strafe beeinspruchen. Schreib zB.: »Ich erhebe vollinhaltlichen Einspruch gegen die im Betreff angeführte Strafverfügung.«

4. aufforderung zur rechtfertigung

Ein paar Wochen später kriegst du wieder einen Brief. Darin werden dir zwei Möglichkeiten geboten: Entweder du rechtfertigst dich schriftlich oder aber du machst das mündlich. In jedem Fall geh hin und nimm dir Akteneinsicht. Dabei kannst du nachsehen, was die betroffenen Bullen zu deinem Fall bzw. zu deiner Begründung zu Protokoll gegeben haben. Das kannst du dir dort kopieren und mitnehmen. Das kostet 30 Cent pro Kopie. Es kommen schnell ein paar Zettel zusammen! Also nimm Geld mit und kopier nur das, was du noch nicht hast. Wenn du es nicht schon im Einspruch getan hast, solltest du spätestens hier begründen, warum du nicht schuldig bist, oder weniger zahlen willst. Das alles ist aber freiwillig und du musst dort keine Aussage machen! Kopier dir einfach das Zeug aus deinem Akt und lass ihnen eventuell deine (wohüberlegte!) Begründung schriftlich da.

5. strafeerkenntnis

Nach ein paar Wochen kriegst du den nächsten Brief. Jetzt steht drin, ob deine Strafe reduziert oder gestrichen wurde. Falls nicht, kommen zehn Prozent der Strafe als Bearbeitungskosten dazu. Natürlich nicht, wenn du Recht bekommst. Falls du mit der Straferkenntnis nicht zufrieden bist, kannst du gegen sie ...

6. berufung

... einlegen. Bei der Berufung musst du die Form beachten: Adresskopf, Absender, Betreff mit der

Akten- und Geschäftszahl, usw. Du musst schreiben, warum du nicht oder weniger zahlen willst (Begründung!). Dabei musst du genau sagen, was du willst. Z.B.:

- Aufhebung der Strafe
- Einstellung des Verfahrens
- Du kannst die Höhe der Strafe als unangemessen anfechten
- Du kannst Anträge stellen: »Ich beantrage eine öffentliche mündliche Verhandlung.«

7. uvs (unabhängiger verwaltungsse-nat)

Falls es zur Verhandlung kommt, dann ist diese vor dem UVS. Im Brief steht dann der Termin für die Verhandlung. Dabei ist es unerlässlich, im Vorhinein ZeugnInnen zu nennen oder Beweisstücke anzufüh-

ren. Falls du zum vorgegebenen Zeitpunkt nicht vorm UVS erscheinen kannst, dann ruf rechtzeitig dort an und mach einen neuen Termin aus. Das ganze sieht dann so aus: Du und vielleicht deine Anwältin sitzen vor einer mehr oder weniger motivierten RichterIn. Es werden Zeug_Innen geladen, befragt und es wird über dich geurteilt...

Hoffentlich wird dir jedoch rechtgegeben, du musst gar nichts zahlen und du kannst das ersparte Geld sinnvoller ausgeben. (Siehe letzte Seite!)

Kontakt Rechtshilfe Innsbruck:
rechtshilfe@catbull.com
www.catbull.com/rechtshilfe

IVA NOVA

THE SBOOONS

Die fünf verrückten Damen aus St. Petersburg kommen wieder nach Innsbruck! Lest selber, was über sie geschrieben wird:

IVA NOVA, an all girl band, plays a mixture of modern rock and Russian folk music along with jazzy humorous details. The sound is strong and driving, connecting rural restlessness with urban insanity. This is music which doesn't leave anybody unaffected. IVA NOVA was formed in St.Petersburg in 2002, when five young Russian ladies met to create a new collective of musicians. Their original songs with tunes and lyrics

based on the riches of folklore, are catchy and sensitive. Fuzzy dirt-simple guitar riffs and explosively frenetic percussion supported by the poignant bass and the energy of jazzy Russian accordion fill their performance with both rural restlessness and urban craziness. Besides lyrics on Russian IVA NOVA has songs written on Ukrainian, Bulgarian, Georgian and other languages. Along with exploiting endless folklore resources they creatively experiment with other styles as polka, ska, jazz, avangarde, punk. Their live show is a mix of lyrical songs and punky-energetic dance numbers.



www.iva-nova.ru

myspace.com/ivanovaextremegirlfolk

mi. 24.03.10

bierstindl ::: 21:00 :::